

## Schutzverordnung Goldachtobel

August 2019

Gestützt auf Art. 18 ff. des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG), die Verordnung über den Schutz der Auengebiete von nationaler Bedeutung (Auenverordnung), Art. 98 ff. des kantonalen Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz), Art. 12 ff. der kantonalen Verordnung über den Schutz wildwachsender Pflanzen und freilebender Tiere (Naturschutzverordnung), die kantonale Verordnung betreffend den Schutz von Naturkörpern und Altertümern sowie Art. 60 der Bauordnung der Stadt St.Gallen vom 29. August 2000 / 15. November 2005 erlässt das Stadtparlament der Stadt St. Gallen zum Schutze des Landschaftsraumes Goldachtobel folgende Schutzverordnung:

### I Einleitung

#### Art. 1 Geltungsbereich

<sup>1</sup> Die Schutzverordnung gilt für den Landschaftsraum Goldachtobel innerhalb des im Schutzplan bezeichneten Perimeters. Der Schutzplan im Massstab 1:5'000 ist integrierender Bestandteil der Schutzverordnung.

<sup>2</sup> Der gesamte Perimeter gilt als Landschaftsschutzgebiet. Zusätzlich werden die folgenden im Schutzplan bezeichneten Schutzgebiete und Schutzobjekte unterschieden:

a) Geotopschutzgebiete

- Tobellandschaft Goldach

b) Naturschutzgebiete

- Aue von nationaler Bedeutung
- Feucht- und Trockenstandort Bergbachweiher

c) Naturobjekte

- Gehölze

d) Kulturobjekte

- Archäologische Schutzgebiete
- Historischer Verkehrsweg

<sup>3</sup> Die in der Legende des Schutzplans als Festlegungen bezeichneten Planelemente sowie die Besonderen Vorschriften sind verbindlich. Die in der Legende als Hinweise bezeichneten Planelemente sind richtungsweisend.

**Art. 2 Zweck**

Die Schutzverordnung bezweckt:

- a) den Landschaftsraum Goldachtobel mit seinen natürlichen Flussabschnitten, markanten Geländeformen und geologischen Aufschlüssen sowie ökologisch wertvollen Lebensräumen zu erhalten;
- b) die natürliche Artenvielfalt, namentlich von seltenen, gefährdeten oder geschützten Tier- und Pflanzenarten, zu erhalten und zu fördern;
- c) die Vernetzung von ökologisch wertvollen Gebieten zu fördern;
- d) die Pflege und Bewirtschaftung der Landwirtschafts- und Waldflächen ökologisch nachhaltig zu sichern und zu fördern.

**Art. 3 Vorbehaltenes Recht**

<sup>1</sup> Soweit diese Verordnung nicht im Rahmen gesetzlicher Ermächtigung abweichende Bestimmungen enthält, geht das Recht des Bundes und des Kantons vor.

<sup>2</sup> Die Bestimmungen von Bauordnung und Zonenplan gelten subsidiär.

**II Allgemeine Schutzbestimmungen****Art. 4 Landschaftsschutz**

<sup>1</sup> Das gesamte Gebiet ist in seinem charakteristischen Erscheinungsbild, seinem Landschaftshaushalt und seiner natürlichen Eigenart sowie seiner Bedeutung als Lebensraum freilebender Tiere und wildwachsender Pflanzen und seinem Erholungswert zu erhalten und aufzuwerten.

<sup>2</sup> Dauerhafte und eingreifende Geländeänderungen sind mit Ausnahme von ökologischen Aufwertungsmassnahmen nicht zulässig.

<sup>3</sup> Bauten und Anlagen sind besonders sorgfältig zu gestalten. Sie haben sich hinsichtlich Standort, Stellung, Grösse und Gestaltung gut in das Landschaftsbild einzufügen und dürfen das Landschaftsbild und die charakteristischen Elemente der Landschaft nicht beeinträchtigen.

<sup>4</sup> Bauliche Massnahmen an bestehenden Bauten und Anlagen haben auf das Landschaftsbild und auf die charakteristischen Elemente der Flusslandschaft Rücksicht zu nehmen.

<sup>5</sup> Abschränkungen, Wegweiser und Beschriftungen haben sich in allen Belangen gut in das Landschaftsbild einzuordnen.

**Art. 5 Umgebungsschutz**

In der unmittelbaren Umgebung der von dieser Verordnung erfassten Schutzgegenstände sind alle Massnahmen, welche die Schutzgegenstände beeinträchtigen, untersagt.

**Art. 6 Gewässer und Wasserhaushalt**

- <sup>1</sup> Nachteilige Veränderungen des natürlichen Wasser- und Geschiebehaushaltes sowie der Wasserflächen, Wasserläufe und Ufer sind untersagt. Darunter fällt insbesondere die Entnahme von Geschiebe.
- <sup>2</sup> Vorbehalten bleiben die kantonalen und wasserpolizeilichen Zuständigkeiten. Konzessionierte Nutzungen der Wasserkraft und rechtmässige, zurzeit genutzte Wasserrechte werden durch die Bestimmungen dieser Verordnung nicht berührt.
- <sup>3</sup> Notwendige Gewässerverbauungen sowie Massnahmen zur Sicherstellung des Hochwasserabflusses sind möglichst naturnah auszuführen. Sie haben sich gut in das Landschaftsbild und in die charakteristischen Elemente der Landschaft einzufügen. Bestand und Erneuerung von rechtmässig erstellten Schutzbauten sind im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung gewährleistet.

**Art. 7 Forstwirtschaft**

- <sup>1</sup> Die forstwirtschaftliche Nutzung ist im Rahmen der Gesetzgebung gewährleistet. Vorbehalten bleiben besondere, einschränkende Bestimmungen dieser Verordnung.
- <sup>2</sup> Die Pflege und Nutzung des Waldes ist auf die im Waldentwicklungsplan Gallus dargestellten Funktionen und Schutzziele des Waldes auszurichten.
- <sup>3</sup> Insbesondere sollen:
  - a) wertvolle und seltene Waldgesellschaften erhalten oder ihrer natürlichen Dynamik überlassen werden;
  - b) vorwiegend Naturverjüngungen erfolgen (Pflanzung nur in Umwandlungsbeständen);
  - c) die sensiblen Wildlebensräume erhalten werden;
  - d) Alt- und Totholz erhalten werden;
  - e) günstige Lichtverhältnisse an besonnten Orchideenstandorten geschaffen werden;
  - f) Waldränder an geeigneten Abschnitten abgestuft werden.
- <sup>4</sup> Massnahmen, die den Erhalt oder die natürliche Dynamik wertvoller Geländeformen, Rutschgebiete und geologischer Aufschlüsse beeinträchtigen, sind untersagt. Vorbehalten bleiben Massnahmen zur Abwendung von Naturgefahren. Sie sind naturnah auszuführen.

**Art. 8 Landwirtschaft**

- <sup>1</sup> Die landwirtschaftliche Nutzung ist im Rahmen der Gesetzgebung gewährleistet. Vorbehalten bleiben besondere, einschränkende Bestimmungen dieser Verordnung.
- <sup>2</sup> Es ist eine standortgerechte und nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung zu fördern. Die entsprechenden Massnahmen sind mit den Bewirtschaftern zu vereinbaren. Intensivlandwirtschaftszonen sind nicht zulässig.
- <sup>3</sup> Das Verwenden von Stacheldraht ist verboten. Mobile Weidezäune sind nach Abschluss der Weideperiode zu entfernen.
- <sup>4</sup> Entlang von Waldrändern, Hecken und Feldgehölzen ist der durch die Bundesgesetzgebung vorgeschriebene Pufferstreifen extensiv zu bewirtschaften.

**Art. 9 Jagd und Fischerei**

<sup>1</sup> Jagd und Hege sind gewährleistet. Der Wildbestand soll im Rahmen der Gesetzgebung so reguliert werden, dass das natürliche Aufkommen standortgerechter Baum- und Straucharten möglich ist.

<sup>2</sup> Wo nicht besondere, einschränkende Bestimmungen gelten, ist die Fischerei im Rahmen der Gesetzgebung für Berechtigte gewährleistet. Es ist auf eine bestmögliche Schonung der Ufervegetation zu achten.

**Art. 10 Sport, Erholung und Veranstaltungen**

<sup>1</sup> Die Ausübung von Sport- und Erholungsarten sowie Veranstaltungen, die mit erheblichen Immissionen verbunden sind oder zu einer Schädigung des Natur- oder Landschaftshaushaltes führen, sind nicht zulässig.

<sup>2</sup> Der Betrieb der bestehenden Schiessanlage Schaugenbädli (50 m- und 300 m-Anlage) und der Kleintieranlage beim Bergbach bleibt gewährleistet. Die Schiessanlage kann massvoll erweitert werden.

**Art. 11 Verkehr**

Die Zufahrt zu bestehenden Bauten und Anlagen sowie für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung und für den Strassenunterhalt ist gewährleistet. Das Erstellen von neuen dauerhaften Bewirtschaftungswegen oder -strassen ist nicht zulässig.

**Art. 12 Ablagerung von Abfällen**

Das Ablagern von Haushalts-, Garten- und Grünabfällen und das Wegwerfen von Unrat sind verboten.

**Art. 13 Leitungen**

<sup>1</sup> Neue Leitungen zur Übertragung von Energie bzw. Daten einschliesslich der dazugehörigen Bauten und Anlagen sowie Erweiterungen von bestehenden Leitungen und dazugehörigen Bauten und Anlagen sind innerhalb der Schranken der übergeordneten Gesetzgebung und unter möglichster Schonung des Landschaftsbildes und des Landschaftshaushaltes zulässig.

<sup>2</sup> Bestand und Erneuerung bisheriger und rechtmässig erstellter Leitungen und zugehöriger Bauten und Anlagen sind im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung gewährleistet.

### **III Besondere Schutzbestimmungen**

#### **Art. 14 Allgemein**

- <sup>1</sup> Die im Schutzplan bezeichneten Geotop- (Art. 15) und Naturschutzgebiete (Art. 16 und 17) sind zu erhalten und, soweit es sinnvoll und machbar ist, aufzuwerten.
- <sup>2</sup> Nicht gestattet sind alle Vorkehrungen, die den Natur- und Wasserhaushalt oder die Tier- und Pflanzenwelt nachteilig beeinträchtigen. Dazu gehören insbesondere Geländeveränderungen und Ablagerungen aller Art.
- <sup>3</sup> Für besonders empfindliche Bereiche kann die Stadt Ruhezonen mit Betretungsverboten erlassen oder weitere Massnahmen zur Besucherlenkung (z.B. Leinenpflicht für Hunde) anordnen.
- <sup>4</sup> In den Naturschutzgebieten sind das Töten, Fangen oder Stören von wildlebenden Tieren sowie das Beschädigen, Zerstören oder Wegnehmen von Eiern, Larven, Puppen, Nestern oder Brutstätten untersagt. Ebenso untersagt sind das Sammeln oder Zerstören von wildwachsenden Pflanzen, Beeren, Pilzen sowie das Düngen und die Anwendung von Giftstoffen und Pflanzenschutzmitteln.

#### **Art. 15 Geotopschutzgebiete - Tobellandschaft Goldach**

- <sup>1</sup> Die Tobellandschaft Goldach ist in ihrem charakteristischen Erscheinungsbild (naturnaher Flusslauf der Goldach, markante Geländeformen mit geologischen Aufschlüssen) zu erhalten.
- <sup>2</sup> Geländeanpassungen und Entwässerungen sind untersagt. Vorbehalten bleiben Massnahmen zur Abwendung von Naturgefahren. Sie sind naturnah auszuführen.
- <sup>3</sup> Rutschgebiete, Toteislöcher und Erdgletscher sind offen zu halten.
- <sup>4</sup> Die durch die natürlichen dynamischen Prozesse ausgelösten Veränderungen (Rutschgebiete) sind zuzulassen, sofern weder Verkehrswege noch Bauten gefährdet sind.

#### **Art. 16 Naturschutzgebiete - Aue von nationaler Bedeutung**

- <sup>1</sup> Die Aue von nationaler Bedeutung ist in ihrer natürlichen Eigenart und Dynamik (Überschwemmungen, Veränderungen von Uferformen, Verlandungen, Abtragungen, Geschiebetransporte und Totholzansammlungen) zu erhalten.
- <sup>2</sup> Die Auenwälder sind ihrer natürlichen Sukzession zu überlassen.

#### **Art. 17 Naturschutzgebiete - Feucht- und Trockenstandort Bergbachweiher**

- <sup>1</sup> Der Feucht- und Trockenstandort ist zu erhalten und als solcher zu bewirtschaften respektive zu pflegen.
- <sup>2</sup> Massnahmen zur Verbesserung dieses Naturschutzgebietes mit dem Ziel einer erhöhten Biodiversität sind zulässig, sofern die angestammte Flora und Fauna keinen Schaden nimmt.

<sup>3</sup> Wiesenschnittgut ist zu entfernen. Es darf weder verbrannt noch im Wald deponiert werden. Die am Feucht- und Trockenstandort vorkommenden Gehölze sind fachgerecht zu pflegen und bei natürlichem Abgang durch Neuanpflanzung gleichwertiger Arten zu ersetzen.

#### **Art. 18 Naturobjekte - Gehölze**

<sup>1</sup> Die im Schutzplan bezeichneten Gehölze (Feld- und Ufergehölze, Hecken) sind in ihrer Artenvielfalt und ihrem Bestand ungeschmälert zu erhalten und fachgerecht zu pflegen.

<sup>2</sup> Die fachgerechte Pflege der Gehölze und Hecken soll unter der Beachtung des Schutzzieles erfolgen. Im Sinne eines Pflegeschnittes sind die Gehölze und Hecken periodisch und abschnittsweise während der Vegetationsruhe zurückzuschneiden und selektiv auszuholzen.

<sup>3</sup> Neu- und Ersatzanpflanzungen sind möglichst vielfältig mit standortgerechten Baum- und Straucharten auszuführen.

#### **Art. 19 Kulturobjekte - Archäologische Schutzgebiete**

<sup>1</sup> Bei den archäologischen Schutzgebieten sind die bestehenden Erdschichten und baulichen Fragmente soweit als möglich in ihrem Bestand zu erhalten.

<sup>2</sup> Alle Tätigkeiten und Massnahmen, die die archäologischen Schutzgebiete betreffen, sind durch die Kantonsarchäologie zu beurteilen.

<sup>3</sup> Sofern die Eingriffe unumgänglich sind, sind sie nach den Regeln der Wissenschaft zu dokumentieren.

<sup>4</sup> Alle archäologischen Funde sind vom Grundeigentümer und/oder Finder der Stadt bzw. der Kantonsarchäologie zu melden.

#### **Art. 20 Kulturobjekte - Historischer Verkehrsweg**

Der historische Verkehrsweg von nationaler Bedeutung ist in seinem Bestand und seiner Funktion zu erhalten. Historische Elemente wie Böschungen, Gräben, Mauern, Brücken, Einfriedungen, Markierungen, Wegkreuze und sonstige Bebauungen sollen bewahrt werden.

### **IV Schlussbestimmungen**

#### **Art. 21 Vollzug**

<sup>1</sup> Der Stadtrat regelt den Vollzug dieser Schutzverordnung. Er sorgt für die zweckmässige Kennzeichnung und Markierung der Schutzgebiete und Schutzobjekte, für eine Kontrolle der Einhaltung der Schutzbestimmungen sowie die Information der Öffentlichkeit.

<sup>2</sup> Der Stadtrat überträgt weitgehende Kompetenzen des Vollzugs und dessen Koordination einer Aufsichtskommission mit Pflichtenheft. Darin sind Behörden, Grundeigentümer, Bewirtschafter, Jagdgesellschaft und Naturschutz ausgewogen vertreten.

<sup>3</sup> Die Aufsichtskommission ist für eine Koordination des Vollzugs mit den an der Goldach liegenden Gemeinden zuständig, soweit ähnliche Schutzziele und -massnahmen angestrebt werden.

## **Art. 22 Ersatzvornahme**

Werden die zur Erreichung der Schutzziele erforderlichen Pflegemassnahmen trotz Aufforderung unterlassen, ist die Stadt befugt, die notwendigen Arbeiten vorzunehmen.

## **Art. 23 Strafbestimmungen**

<sup>1</sup> Zuwiderlandlungen gegen die Vorschriften dieser Schutzverordnung werden gemäss Art. 24 ff. NHG und Art. 132 BauG geahndet.

<sup>2</sup> Die Behebung eines rechtswidrigen Zustandes und die Ersatzvornahme richten sich nach Art. 130 und 131 BauG sowie nach Art. 26 der Naturschutzverordnung.

<sup>3</sup> Bei Verletzung der Schutzverordnung kann die Stadt oder die zuständige kantonale Behörde neben der Wiederherstellung des früheren Zustandes auch geeignete Bewirtschaftungs-, Pflanzungs- und Pflegemassnahmen verfügen.

## **Art. 24 Bewilligungspflicht**

<sup>1</sup> Die Baubewilligungspflicht nach Art 78 Abs. 1 BauG wird in Anwendung von Art. 99 Abs. 4 BauG ausgedehnt auf:

- a) Terrainveränderungen und Veränderungen des Wasserhaushaltes
- b) Massnahmen, die innerhalb der Naturschutzgebiete zu einer Veränderung von Fauna und Flora führen würden;
- c) Beseitigung von naturlandschaftlichen Besonderheiten bzw. über Pflegemassnahmen hinausgehende Veränderungen an Gehölzgruppen.

<sup>2</sup> Ausgenommen von dieser Bestimmung sind Massnahmen, die ohnehin einer kantonalen Genehmigung bedürfen.

## **Art. 25 Ausnahmebestimmungen**

<sup>1</sup> Vorhaben nach Art. 24 dieser Verordnung sind zu bewilligen, wenn keine Schutzgebiete oder Schutzgegenstände dieses Schutzplans beeinträchtigt oder beseitigt werden.

<sup>2</sup> Bewilligungen für Massnahmen, die eine Beeinträchtigung oder Beseitigung von Schutzgegenständen zur Folge haben, können erteilt werden, wenn sich ein gewichtiges, das Interesse an der Erhaltung überwiegendes Bedürfnis nachweisen lässt. Für Lebensräume schutzwürdiger Pflanzen und Tiere ist Realersatz zu leisten.

<sup>3</sup> Soweit aufgrund des übergeordneten Rechts keine andere Zuständigkeit vorliegt, werden entsprechende Vorhaben vom städtischen Amt für Baubewilligungen beurteilt. Dieses stützt sich bei ihrem Entscheid auf die Empfehlungen der Aufsichtskommission ab.

## **Art. 26 Genehmigung**

Diese Verordnung bedarf der Genehmigung durch das Baudepartement des Kantons St. Gallen.

VOM STADTRAT BESCHLOSSEN

AM: 14.10.2016 / 10.09.2019

Der Stadtpräsident:

Der Stadtschreiber:

OEFFENTLICH AUFGELEGT

VOM: 07.11.2016 / 21.10.2019

BIS: 07.12.2016 / 20.11.2019

VOM STADTPARLAMENT ERLASSEN

AM:

Der Präsident des Stadtparlaments:

Der Stadtschreiber:

VOM BAUDEPARTEMENT GENEHMIGT

Mit Ermächtigung  
Der Leiter des Amtes für Raumentwicklung und  
Geoinformation:

AM: